

diese Initiativ-Mitarbeitervertretung aufgelöst und deren Mitglieder entlassen werden. Für nicht informierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die allgemeine Öffentlichkeit, die ebenfalls selten über Detailkenntnisse verfügt, könnte die Marketing-Initiative der Geschäftsführung - nichts anderes scheint diese KiKxxl Mitarbeitervertretung zu sein - Anlaß zum Jubeln sein. Kluge Leute übersehen jedoch nicht, dass auf diese Weise demokratische Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte aufgeweicht werden sollen. Für unsere Republik, die ein demokratischer und sozialer Bundesstaat ist und bleiben soll, sind diese Rechte der Arbeitnehmerschaft absolut notwendig.

Abschließend ein Tipp:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KiKxxl GmbH, die sich für einen Betriebsrat eingesetzt haben, sich auch jetzt noch dafür einsetzen und von der Geschäftsführung unter Druck gesetzt oder bei der Durchführung von Betriebsratswahlen behindert worden sind, können sich vertrauensvoll (jedoch bitte nicht anonym) an die Gewerkschaft wenden.

Sollte es trotz aller gegenteiliger Beteuerungen zu Behinderungen bei Betriebsratswahlen gekommen sein - und das können Mitglieder der Belegschaft besser beurteilen als eine Unternehmensleitung -, dann ist das anzuzeigen und gegebenenfalls auch zu bestrafen.

¹ Der Artikel basiert auf einem Erfahrungsbericht von Mitarbeitern der KiKxxl GmbH. Die Namen sind der Redaktion bekannt.

² Auch heute noch werben die Seiten der Osnabrücker Wirtschaftsförderung mit der Aussage „KiKxxl beschäftigt zu 100% festangestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“. Dies ist aber nachweislich falsch, da nur sehr wenige Mitarbeiter tatsächlich unbefristet beschäftigt sind. Neueinsteiger bekommen im Regelfall nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Siehe hierzu: <http://www.wfo.de/6563.asp>

Die Bertelsmann Stiftung - „Für eine zukunftsfähige Gesellschaft?“

von Holger Schmidt

Die Bertelsmann Stiftung dürfte vielen Lesern zumindest namentlich bekannt sein und sie mag wohl bei vielen ein positives Image haben. - Bertelsmann? Da gibt 's doch diese Stiftung¹, die sich sich um so viele Bereiche kümmert ... Ja, diese Stiftung engagiert sich - aber für wen und warum? Dieser Frage soll hier nachgegangen werden.

Auf ihrer Website begrüßt sie die Besucher mit ihrem Leitspruch: „Für eine zukunftsfähige Gesellschaft“. Warum engagiert sich eine Unternehmensstiftung für eine „zukunftsfähige Gesellschaft“ und was versteht sie darunter?

Doch erst einmal ein paar Fakten: Die Bertelsmann Stiftung wurde von Reinhard Mohn im Jahre 1977 gegründet. Sie ist eine selbständige Stiftung des privaten Rechts und hat ihren Sitz im westfälischen Gütersloh.

Die Stiftung hält zur Zeit 76,9 % der Anteile an der Bertelsmann Aktiengesellschaft (die restlichen 23,1 % befinden sich im Besitz der Familie Mohn). Allerdings konzentrieren sich 100 % der stimmberechtigten Aktien der Bertelsmann AG in der Bertelsmann Verwaltungsgesellschaft (BVG) und damit in den Händen der Mohns:

„Die BVG hat aktuell sechs Gesellschafter: Drei Mitglieder der Familie Mohn und drei familienfremde Gesellschafter. Der Gesellschafterkreis wurde aus Effizienzgründen von acht auf sechs Personen reduziert. Mitglieder der BVG sind Reinhard Mohn, Liz Mohn und Brigitte Mohn sowie Dieter Vogel, Jürgen Strube und Gunter Thielen.“²

Zum Verständnis der wirtschaftlichen Macht, die sich hinter der Bertelsmann AG und somit auch hinter der Stiftung versammelt, ist eine kurze Aufzählung ihrer Geschäftsfelder und Beteiligungen

¹ „Stiftung“ und „Stiften“ assoziiert wohl bei den meisten Menschen erst einmal etwas Positives: Jemand gibt oder trennt sich von einem Vermögensteil, um damit etwas „Gutes“ zu schaffen oder zu erbauen. Stiften wirkt auf den ersten Blick irgendwie selbstlos und mildtätig. Aber wie so häufig in der Alltagssemantik verhindern die eingängigen und am häufigsten zugeschriebene Bedeutungen eine genauere oder andere Sicht auf die Dinge.

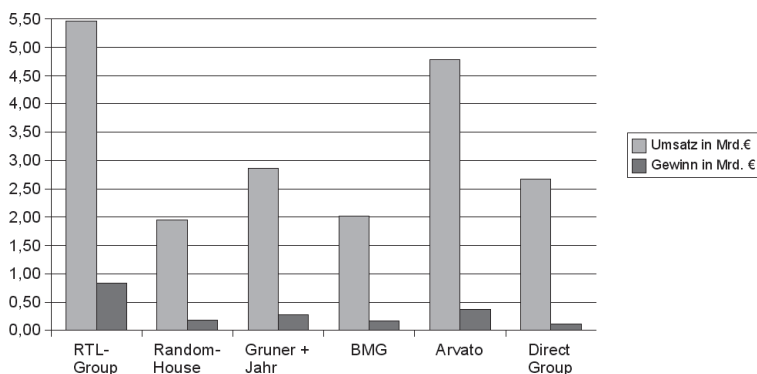
² Siehe hierzu: http://www.bertelsmann.com/bertelsmann_corp/wms41/bm/index.php?ci=111&language=1

hilfreich:

Die Bertelsmann AG ist ein global operierender Medienkonzern, der nicht börsennotiert ist. Der Gesamtumsatz betrug für das Geschäftsjahr 2006 19,297 Mrd. Euro bei einem Gewinn von 1,867 Mrd. Euro. Zu dem Konzern gehören sechs gewichtige Sparten:

1. Die rein kommerzielle und europaweit operierende RTL-Senderfamilie „RTL-Group“ (89,8 % Beteiligung) mit 5,6 Milliarden Euro Umsatz in 2006.
2. Der Printsektor mit der Gruppe „Gruner und Jahr“ (74,9 %), bekannt durch Zeitschriften wie „Stern“, „Brigitte“, „Financial Times Deutschland“, „GEO“ u.a. (insgesamt sind es über 280 Zeitschriften in 24 Ländern), Umsatz: 2,9 Milliarden Euro in 2006.
3. Die „Verlagsgruppe Random House GmbH“ (100 %), die größte Verlagsgruppe der Welt mit 33 Buchverlagen, einige davon sind in verschiedenen Ländern Marktführer. Umsatz: 1,9 Milliarden Euro in 2006.
4. Der Medien- und Kommunikationsdienstleister „Arvato AG“ (100 %), mit den Geschäftsfeldern Druck, Medien-IT, Speichermedienproduktion sowie Verwaltungs- und Logistikdienstleistungen. Umsatz 2006: 4,782 Milliarden Euro.
5. Die Bertelsmann Music Group (BMG), die in einem Joint-Venture (50 %) mit SONY das zweit-

Umsatz und Gewinn der Bertelsmann-Tochterkonzerne im Jahr 2006



größte Musikunternehmen der Welt ist. Umsatz: 2,017 Milliarden Euro in 2006.

6. Die Bertelsmann Direct Group (100 %), die Medienverkaufssparte des Konzerns für Bücher, Musik und Filme. 2,7 Mrd. Euro Umsatz 2006.

Warum befinden sich mehr als drei Viertel des Ka-



pitals dieses Konzerns in einer Stiftung? Eine einfache Antwort aus dem Hause Bertelsmann darauf lautet:

„Weiterhin haben steuerliche Überlegungen eine Rolle gespielt, da im Falle des Erbgangs aufgrund der dann fälligen Erbschaftssteuern große Unternehmensteile hätten verkauft werden müssen. Die Schenkung an Johannes Mohn hat der Erbschaftsteuer unterlegen. Die Schenkung an die Stiftung war steuerfrei.“³

Diese Stiftung hat sich zudem steuerrechtlich die „Gemeinnützigkeit“ testieren lassen.

Versorgt wird die Stiftung überwiegend aus den Erträgen der Bertelsmann AG (96,7 Millionen Euro in 2006) und verfügt damit über einen Jahresetat von 60,8 Millionen Euro, der Rest floss in die Rücklagenbildung. Der Personalbestand der Stiftung umfasst mittlerweile ca. 330 Mitarbeiter (2006). Seit Gründung der Stiftung im Jahre 1977 hat sie insgesamt ca. 666 Mio. Euro aufgewendet.

Doch was ist neben dem Effekt der Steuerersparnis der Zweck dieser Stiftung? In ihrem Selbstverständnis sagt sie hierzu: „Die Bertelsmann Stiftung ist eine operative Stiftung.“ Das bedeutet im Klartext, dass diese Stiftung gar nichts stiftet und sie schon gar nicht in irgend einem Sinne mildtätig ist, sondern sie verfolgt ganz klar selbst gesetzte Ziele und Projekte unter dem Deckmantel des Gemeinwohls. In ihrem „Leitbild“

³ Originalzitat aus dem Hause Bertelsmann. Quelle: http://www.bertelsmann.com/bertelsmann_corp/wms41/bm/index.php?ci=111&language=1 (Stand: Aug. 2007)

wird dieses so beschrieben:

„Unsere Arbeit wird von der Erkenntnis Reinhard Mohns geprägt, dass unternehmerisches Denken und Handeln entscheidend dazu beitragen, Problemlösungen für die verschiedenen Bereiche unserer Gesellschaft zu entwickeln und erstarrte Strukturen aufzulösen. Auf diese Weise leisten wir – auch international – einen Beitrag zur kontinuierlichen Fortschreibung einer zukunftsfähigen Gesellschaft.“⁴

Hier wird also das Credo „unternehmerischen Handelns“ normativ zu einem unhinterfragten Leitparadigma erhoben, das sein Lösungspotential auf Bereiche jenseits der Wirtschaft übertragen soll, also in Bereiche, die bisher nicht nach dem Schema von Gewinn- und Renditeorientierung ausgerichtet waren.

Und um genau diese Bereiche kümmert sich die Bertelsmann Stiftung seit vielen Jahren besonders intensiv und das mit dem so viel besagtem „langen Atem“ (=„kontinuierliche Fortschreibung“). Alle Non-Profit-Bereiche, also öffentliche Bereiche, werden von ihr unter die Lupe genommen, um diesen „Problemlösungen“ anzubieten. Lösungen, um die pauschal als „erstarrt“ erkannten Strukturen mit „unternehmerischem Handeln aufzulösen“.

Doch was ist eigentlich das Wesen unternehmerischen Denkens und Handelns?:

Die Betriebswirtschaftslehre sagt hierzu: Ein Unternehmen generiert eine Wertschöpfung mittels der Arbeitskraft von Menschen und wird von den Eignern in der Absicht betrieben, mit Hilfe des investierten Kapitals Geld zu verdienen. Kann man dieses sehr zentrale Leitmotiv des Geldverdienens, des Gewinnemachens auf die verschiedenen Bereiche unserer Gesellschaft übertragen? Diese Idee dient nur einem Ziel: Der Umgestaltung öffentlich kontrollierter Lebensbereiche zum Zwecke der Öffnung für private Gewinninteressen.

Warum investiert eine Unternehmensstiftung solch

riesige Summen? Eine aufschlussreiche Antwort liefert sie in ihrer Hochglanzbroschüre „25 Jahre Bertelsmann Stiftung - Die Reformbilanz“⁵ aus dem Jahre 2002:

„Sie [gemeint ist die Bertelsmann Stiftung, H.S.] hat diese gewaltigen Mittel allerdings nicht 'verschwenkt', wie viele andere gemeinnützige Stiftungen, sondern mit **größtmöglicher Hebelwirkung**

[Hervorhebung durch H.S.] investiert. Der Ertrag dieser Investition lässt sich nicht in Zahlen ausdrücken, er besteht in der Reformwirkung für die Gesellschaft. So hat die Bertelsmann Stiftung zum Beispiel durch umfassende Leistungsvergleiche im öffentlichen Sektor den

Wettbewerbsgedanken in zahlreiche Behörden und Einrichtungen der öffentlichen Hand getragen: von Schulen und Hochschulen über Bibliotheken und Krankenhäuser bis hin zu Polizei und Finanzämtern. Einige dieser Modellversuche waren so erfolgreich, dass sie der Bund, die Länder oder Gemeinden als „best-practice-Lösungen“ übernommen haben. So wirkt die Bertelsmann Stiftung auch als Reformlabor des Staates.“

Was da mit „größtmöglicher Hebelwirkung“ ausgehebelt werden soll, lassen diese Zeilen deutlich erkennen. Es geht um die Umgestaltung öffentlicher Bereiche der Gesellschaft, also um Bereiche jenseits des Profitgedankens (öffentliche Daseinsvorsorge). Diese sollen über den „Wettbewerbsgedanken“ marktförmig umgestaltet werden um diese dann längerfristig tatsächlich privaten Kapitalinteressen zu öffnen (Privatisierung).



⁴ <http://www.olev.de//leitbilder/DE-Bertelsmann-Stiftung-Leitbild.pdf>

⁵ herunterzuladen unter: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-443BB597/bst/hs.xsl/downloads.htm>

Die Arbeitsfelder der Stiftung

Die Bandbreite der Stiftungsarbeit auch nur annähernd aufzuzählen würde den Rahmen dieses Artikels vollständig überschreiten. Deshalb beschränke ich mich hier exemplarisch auf ausgewählte Bereiche, wobei die Wirkungen auf die Hochschulpolitik näher untersucht werden sollen.

Politik

Dieser Bereich wird von der Stiftung mit besonderer Sorgfalt gepflegt. Nicht zuletzt wegen ihrer exzellenten Kontakte zu bundesdeutschen und europäischen Spitzenpolitikern hat die Stiftung in diesem Feld einen nicht zu unterschätzenden Einfluss.

Zu nennen ist in diesem Zusammenhang ihr einflussreicher Ableger, das Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) in München mit dem Vorsitzenden Werner Weidenfeld.

Auch in dem Bereich internationaler Politik betätigt sie sich die Stiftung. Ein Beispiel stellt der so genannte und leider viel beachtetet „Bertelsmann Transformation Index (BTI)“ dar. Mit ihm werden Ranglisten (ein Lieblingsinstrument der Stiftungsarbeit) für Länder erstellt. Dabei misst der Index die Länder anhand der Zielvorstellung einer „konsolidierten marktwirtschaftlichen Demokratie“.

- Dabei ist schon die Wortschöpfung verdächtig: „Marktwirtschaftliche Demokratie“ ist ein Widerspruch in sich und ein Angriff auf die Idee der Demokratie. Vielleicht entspringt es der unternehmerischen Wunschvorstellung aus dem Hause Bertelsmann „marktwirtschaftliche Demokratie“ zu etablieren. Demokratie ist aber eben nicht auf das Gesellschaftsmodell von freier Marktwirtschaft (d.h. im Regelfall ungezügelter) festgelegt, sondern ist erst einmal ein Verfahrensprinzip (wenn auch in der Praxis meistens ein sehr abstraktes und mit nur

wenigen direktdemokratischen Elementen) der Beteiligung aller Menschen an Entscheidungen. Für was sich die Mehrheit der Menschen entscheidet, ist damit ja noch gar nicht festgelegt.

Damit stülpt ein solcher Index ein völlig einseitiges Gesellschaftsmodell sämtlichen Ländern als Messlatte über. Auch hier gilt das Motto einseitiger Komplexitätsreduktionshilfen von Rankings: Man ermittelt Kennzahlen und gibt Ranglisten heraus, behauptet den Anspruch auf wissenschaftliche Seriosität und verdunkelt so die Fragen, was wirklich dahinter steht.

Der Bereich Hochschulen

Um diesen Bereich hat sich die Stiftung seit vielen Jahren besonders intensiv gekümmert und hier kann sie für sich große Erfolge verbuchen. Dabei handelt es sich um „Erfolge“, die strukturell für die Betroffenen nicht nur nachteilig, sondern vielfach verheerend sind.

Für die Bearbeitung dieses wichtigen Geschäftsfeldes wurde eine eigene Organisation gegründet:

Das Centrum für Hochschulentwicklung

Im Jahre 1994 setzte die Stiftung mit der Gründung des Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) ihr operatives Zentrum im Bereich der Hochschulpolitik in Betrieb. Ein Coup, der bei der Gründung gelang,

ist, dass die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), eine quasi öffentlich-rechtliche-Institution, mit zur Gründung ins Boot gezogen werden konnte. Das als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründete „Centrum“ hatte sich dadurch von Anfang an eine öffentliche Legitimation nach Außen verschafft, die sich später immer wieder auszahlen sollte.

Schon in den frühesten Papieren des CHE erkennt man deutlich, worauf seine Arbeit ausgerichtet ist: Es ging in den ersten Kampagnen um die Diskreditierung der als „Gelehrtenrepublik“ bezeichneten



und ansatzweise demokratisch organisierten Gruppenuniversität. Euphemistisch als „Entfesselung der Hochschule“ umschrieben ist es ein Programm des Umbaus der Hochschulen zu unternehmensähnlichen Gebilden, die mithilfe von betriebswirtschaftlichen Steuerungsmethoden in einem künstlich zu erzeugenden Markt der Konkurrenz agieren sollen. Durch erste Projektpartnerschaften mit Hochschulen wurden die Türen geöffnet für eine sich stetig vergrößernde Zusammenarbeit. Strategisch sind die Projekte stets so angelegt, dass sie federführend beim CHE liegen. Mittlerweile sind über 150 Projekte an den verschiedensten Hochschulen durchgeführt worden (Stand 2007). Dabei wurden die Ideen und Ergebnisse der Projekte - und darauf kam es den Verantwortlichen in erster Linie an - mittels Beratung einflussreicher Entscheidungsträger in die Hochschulpolitik eingebracht und in Gesetzgebung gegossen.⁶

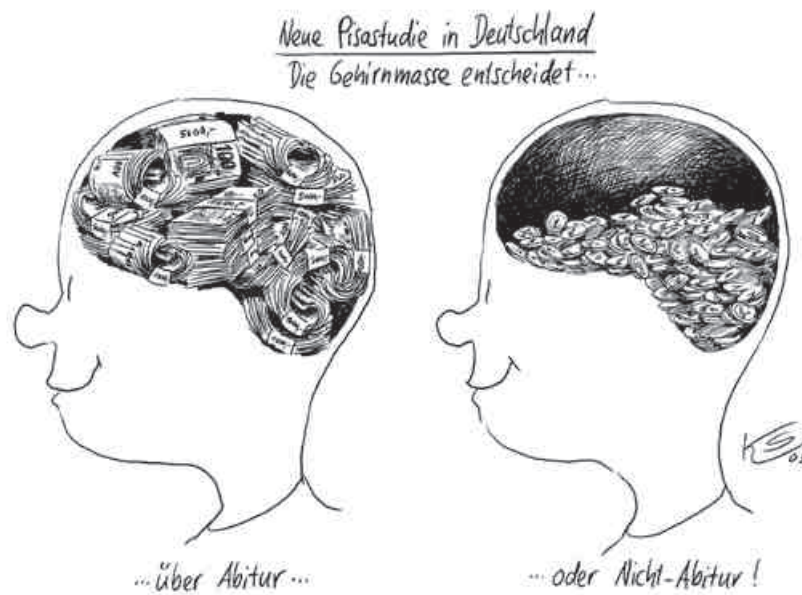
Eine weitere, aber kaum zu unterschätzende Stütze, findet und fand die Arbeit des CHE in der Schulung von Führungskräften im Hochschulbereich. Unzählige Seminare wurden und werden mit Hilfe einer eigens dafür gegründeten CHE-Consult GmbH durchgeführt und sorgen so für die passende „Nachhilfe“ in der Klaviatur neuer betriebswirtschaftlicher Steuerungsmethoden für die „neuen Wissenschaftsmanager“.

Damit einher geht natürlich auch der beabsichtigte kulturelle Wandel in den Köpfen der Führungskräfte. Hochschule definiert sich nicht mehr über die gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung Wissenschaft und wissenschaftliche Bildung unabhängig, d.h. frei zu betreiben (so wie es das Grundgesetz in Art. 5 fordert), sondern sieht sich als Einzelorganisation, die in einem immer stärker von Konkurrenz und Profilierungsdruck geprägten „Markt“ um ihre Reputation und ihren Bestand kämpfen soll - Hochschule als Unternehmen also - eine völlig widersinnige Forderung. Ergebnisse der Stiftungsarbeit auf diesem Gebiet sind unter anderem die maßgebliche Einflussnahme

auf die Bildungspolitik zur Einführung von Studiengebühren (mittlerweile in vielen Bundesländern umgesetzt) und der Umbau der Hochschulen zu unternehmensähnlichen Gebilden, verbunden mit der weiteren Aushöhlung demokratischer Selbstverwaltungsstrukturen zugunsten eines unternehmensähnlichen Top-Down-Managements. Auch das Universalinstrument des Hochschulrankings (durchgeführt vom CHE in Zusammenarbeit mit der Wochenzeitung ZEIT) sorgt für eine zunehmend verstärkte Orientierung auf wissenschafts- und ausbildungsfremde Kennziffernregime und die Simulation eines Pseudomarktes, die Fachbereichs- und Hochschulleitungen häufig zu zeitintensiven, über-

stürzten und zudem sinnlosen Selbstdarstellungskaktionen verführen, um besser abzuschneiden.

Diese Rankings sind ein machtvolleres Kontrollinstrument: Niemand soll sich diesen entziehen können. Falls doch, drohen Sanktionen wie die Abwertung des Ansehens - angesichts des öffentlichen Fokus und der massenmedialen Verbreitung solcher Ergebnisse ist dies eine scharfe Waffe.



⁶ Vorreiter war hier das Land Niedersachsen mit seinem sozialdemokratischen Wissenschafts- und Kulturminister Thomas Oppermann. Die Novellierung des 2002 verabschiedeten Niedersächsischen Hochschulgesetzes wurde in weiten Teilen durch einen vom CHE geleiteten Beirat zum „Modellvorhaben für eine Erprobung der globalen Steuerung von Hochschulhaushalten“ beeinflusst. Ergebnisse des Gesetzes sind die Einführung von Studiengebühren, die Installation von Globalhaushalten und Zielvorgaben sowie die Etablierung von Stiftungshochschulen und externen Hochschulräten. Das alles wurde verbunden mit einer Schwächung der demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen.

Eine ähnliche Beratung mit einer noch offensichtlicheren Einflussnahme auf die Hochschulgesetzgebung stellt das 2006 verabschiedete sogenannte „Hochschulfreiheitsgesetz“ in NRW dar.

⁷ Siehe hierzu Wolfram Meyerhöfers Untersuchung „Statistische Ungereimtheiten“ in der Wochenzeitschrift Freitag, 46/2006. Nachzulesen unter: <http://www.freitag.de/2006/46/06460401.php>

Wissenschaftlich gesehen sind diese Gängelungsinstrumente praktisch von keinem Wert. Sie gelten ebenso wie z.B. die Studien des PISA-Konsortiums zum Schulsystem als wissenschaftlich haltlos, und sind somit dekonstruiert⁷.

Aufklärung tut Not

Nachdem die Aufklärung über die Machenschaften der Stiftung jahrelang leider kein breites massenmediales Echo fand, könnte sich dieses nun langsam ändern. Mit dem Erscheinen des neuen Buchs „Bertelsmann - Netzwerk der Macht“ wird erstmals die Problematik „Bertelsmann und seine Stiftung“ in seiner ganzen thematischen Breite untersucht. Bertelsmann reagierte prompt auf die Besprechung der Buchveröffentlichung in einem Interview der Neuen Westfälischen mit dem Herausgeber Jens Wernicke in der Ausgabe vom 22.05.07:

„Auch die Behauptung von Jens Wernicke, die Bertelsmann Stiftung genieße zu Unrecht den Status der Gemeinnützigkeit, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück. Die Gemeinnützigkeit wurde vom Finanzamt anerkannt und wird laufend geprüft. Die Stiftung bewegt sich mit allen Projekten und Reforminitiativen selbstverständlich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.“

Seit 30 Jahren setzt sich die Bertelsmann Stiftung im Sinne ihres Stifters Reinhard Mohn für das Gemeinwohl ein – dieses Engagement wird sie auch in Zukunft fortführen.“

Diese Behauptung lässt sich anhand von Beispielen leicht widerlegen. Der von der Stiftung in allen Lebensbereichen betriebene, propagierte und geförderte Umbau auf „effizientere Strukturen“, sprich die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, hat nämlich sehr wohl etwas mit den Ge-

schäftsinteressen des Konzerns zu tun.

Zwei Beispiele sollten ausreichen, dieses zu illustrieren:

Das erste betrifft die öffentliche Verwaltung. Im Oktober des Jahres 2005 übernahm die Bertelsmann Tochter Arvato Government Services Ltd., East Riding die komplette Verwaltung des englischen Landkreises New Yorkshire mit über

320.000 Einwohnern. „Im englischen East Riding lief das Pilotprojekt zur Übernahme behördlicher Dienstleistungen durch Arvato Services erfolgreich an.“⁸

Offenbar trägt die Stiftungsarbeit mit ihrer gebetsmühlenartigen Propagierung von

mehr Wettbewerb, Effizienz und unternehmerischem Denken mittlerweile auch in Deutschland Früchte. Die Stadt Würzburg wurde im April 2007 für das Projekt „Würzburg integriert“ von der Arvato Government Services gewonnen:

„Kernbestandteil ist die integrierte Abwicklung aller Verwaltungsleistungen und die Kopplung bislang isolierter Verfahren an eine zentrale eGovernment-Plattform“ und „Mit diesem Projekt ist die arvato nun auch in Deutschland in den Markt für Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung eingestiegen“, sagt Rolf Buch, Mitglied im Vorstand der arvato AG.⁹

Ein weiteres Beispiel aus der Schulpolitik: Nachdem die Propaganda für permanente Evaluation mittels Leistungskennziffern und anderen rein quantitativ erhobenen Daten mit tatkräftiger Hilfe der Stiftung nun auch in der Schulpolitik angekommen war, stand die Bertelsmann Stiftung bereit, ein darauf abgestimmtes Instrument (Softwarepaket) anzubieten: „Selbstevaluation in Schulen - SEIS“ heißt das Produkt, das mittlerweile in erheblichem Um-



⁸ Bertelsmann Geschäftsbericht 2006., S. 81.

⁹ siehe: <http://www.arvatogov.de/?action=news> (Stand: Aug. 2007)

fang in Schulen eingesetzt wird. Zwar wirbt man mit einer niedrigen Schutzgebühr von 80 Euro, doch tatsächlich verbergen sich dahinter weitere mögliche erhebliche Kosten wie Datenauswertung oder „professionelle Beratung“.

Worum es geht wird in § 3, den Teilnahmebedingungen, der dafür vertraglich bindenden Allgemeinen Nutzungsbedingungen für die Schulen deutlich:

„Die Schulen respektieren die Urheberschaft und das Copyright der Bertelsmann Stiftung am Steuerungsinstrument und garantieren, dass sie das Instrument nicht verändern, nicht bearbeiten, nicht veröffentlichen, nicht verbreiten und Dritten nicht zugänglich machen.“¹⁰

Hier sieht man ganz deutlich, wie sich die „gemeinnützige Stiftung“ verhält. Teilnehmen und fleißig Daten einfütern¹¹ dürfen die Schulen, alles andere wird von der Stiftung kontrolliert und entschieden. Dazu kommt, dass die Daten nicht nur bei der Stiftung gesammelt werden, sondern sie können von der Stiftung auch an Dritte weitergegeben werden. Vielleicht steht dann eines Tages die Bertelsmann-Verwaltungstochter Arvato AG an der Tür, gefüttert mit riesigen und häufig sensiblen Datenmengen aus denen sie dann mit ihrem Know-How ein Angebot für die Übernahme von Servicedienstleistungen an Schulen macht (einschließlich des Personals): Public-Private-Partnership lässt grüßen.

Es ist skandalös, wie sich weite Teile der Politik den Interessen einer gesellschaftlich unkontrollierten Unternehmensstiftung ausliefern und sich damit in eine gefährliche Abhängigkeit von privaten Interessen begeben.

Fazit

Wenn also das Leitparadigma des „unternehmerischen Handelns“ von der Stiftung in den Rang eines universellen Lösungsmodells für die Gesellschaft ge-

¹⁰ siehe: http://www.kooperation-das-macht-schule.niedersachsen.de/seis-instrument/zugang/nutzungsbedingungen_050126.pdf

¹¹ Wie zeitaufwendig und wenig „effizient“ das ganze Verfahren ist, zeigt schon ein Blick in einen Musterfragebogen für Schüler ab Jahrgangsstufe 7. Über 50 vorwiegend standardisierte Fragen sollen die Schüler anhand eines Polaritätenprofils von „stimme völlig zu“ bis „stimme gar nicht zu“ beantworten.

Ergebnis einer solchen Orientierung und Lenkung anhand von Kennziffern und Rankings ist, dass der schöne Schein des Marketings und der Außendarstellung damit wichtiger wird als die eigentliche pädagogische Arbeit in der Schule.

stellt wird, dann muss die Frage erlaubt sein, ob eine solche Ausrichtung wirklich dem Gemeinwohl verpflichtet ist oder ob nicht vielmehr weitsichtige und knallharte Geschäftsinteressen hinter diesem Leitbild stehen? Die Antwort darauf kann nur ein deutliches „Nein - hier wird nicht dem Gemeinwohl gedient“ sein. Hier muss das Stiftungsrecht schnellstens geändert werden.

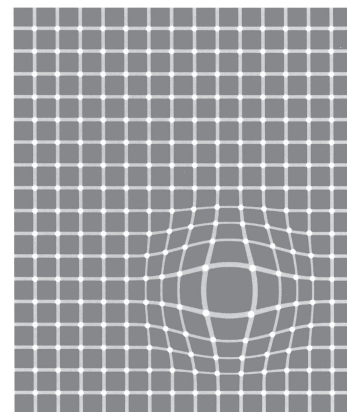
Dass dies nicht allzu schnell passieren wird, dafür sorgen die sorgfältig und dicht geknüpften Netzwerke zwischen Stiftung und Politik. Das „who is who“ der Politikgrößen geht unkritisch mit dieser Stiftung um, ja sie leben sozusagen in einer gefährlichen Symbiose mit ihr.

Buchtipps:

Jens Wernicke, Torsten Bultmann (Hg.): Netzwerk der Macht - Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh. 2. Aufl., Okt. 2007, 488 Seiten, 17,00 EUR, ISBN 978-3-939864-02-8
Zu beziehen über den BdWi-Verlag (<http://www.bdwi.de/verlag/verlag.htm>) und den Buchhandel.

Jens Wernicke, Torsten Bultmann (Hg.)

Netzwerk der Macht – Bertelsmann



Der medial-politische Komplex aus Gütersloh

